

Von der Leyen will gegen Psychostress am Arbeitsplatz vorgehen

Berlin, 30.12.2012, 02:00 Uhr

GDN - Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen will stärker gegen Psychostress vorgehen. Die CDU-Politiker möchte "Hand in Hand mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Unfallkassen erarbeiten, welche Programme und Konzepte und konkreten Regeln Belegschaften wirksam vor psychischen Belastungen schützen können", sagte sie der "Welt am Sonntag" (ET 30.12.2012).

Die Bundesregierung hatte Ende Dezember erstmals durch zwei Änderungen im Arbeitsschutzgesetz klargestellt, dass auch übermäßige psychische Belastungen am Arbeitsplatz ein Gesundheitsrisiko darstellen können. Vor allem in kleineren Unternehmen stehen psychische Erkrankungen nicht auf der Tagesordnung. Laut der Januar-Ausgabe des "Stressmonitors", der im Auftrag des Arbeitsministeriums erhoben wird und der der "Welt am Sonntag" vorliegt, nehmen sich nur 16 Prozent der Betriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern des Themas an; bei Betrieben mit bis zu 49 Mitarbeitern beträgt der Anteil 27 Prozent. "Wir müssen dazu lernen und handeln", sagte von der Leyen. Wenn das Thema in mittelständischen Firmen wenig Beachtung finde, dann stecke dahinter "kein böser Wille, sondern eher Hilflosigkeit und Unwissen, was zu tun ist. Das gilt vor allem für die kleinen Unternehmen, die in der Regel keinen Betriebsarzt haben", so von der Leyen. Vier von zehn Arbeitnehmern in Deutschland, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sind psychisch krank. Das geht aus Statistiken der Deutschen Rentenversicherung (DRV) hervor. Demnach machten im Jahr 2011 rund 41 Prozent der Arbeitnehmer, die eine Erwerbsminderungsrente beantragten, Depressionen, Angstzustände oder andere psychische Erkrankungen geltend - ein neuer Rekordwert. Im Jahr 2000 hat dieser Anteil bei 24 Prozent gelegen; bis 2010 war er auf 39 Prozent gestiegen. Psychische Erkrankungen sind der häufigste Grund für ein unfreiwilliges vorzeitiges Ausscheiden aus dem Beruf - vor Herz-Kreislauf- oder Krebserkrankungen. Gegenüber 2008 ist die Zahl der Arbeitnehmer, die wegen psychischer Erkrankungen, in Rente gingen, laut DRV-Statistik von 57.400 auf 73.200 gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 28 Prozent. Gewerkschaften und Oppositionspolitiker machen für diese Entwicklung eine stetig zunehmende Belastung am Arbeitsplatz verantwortlich. "Die psychischen Belastungen durch Hetze und Stress am Arbeitsplatz sind inzwischen so hoch, dass sie die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten gefährden", sagte Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Frauen sind überproportional betroffen. Laut DRV sind 48 Prozent der Frauen, die arbeitsunfähig werden, psychisch krank; unter Männern erreicht der Anteil 32 Prozent. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Lauterbach, sagte, vor allem die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in vielen Betrieben mache viele Beschäftigte seelisch krank. "Das erklärt, warum weit häufiger Frauen als Männer aus psychischen Gründen arbeitsunfähig werden", so Lauterbach.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-4947/von-der-leyen-will-gegen-psychostress-am-arbeitsplatz-vorgehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com